

Was die SPD in Hannover beschließen will

Ein Blick auf die Anträge zum Parteitag der Sozialdemokraten

Die SPD veranstaltet vom 10. bis 14. April 1973 in Hannover ihren Parteitag. Nach allem, was in den letzten Wochen passiert ist, wird dieser Parteitag schon heute in der Öffentlichkeit mit Spannung erwartet; denn in Hannover wird sich – beispielsweise – zeigen, wie stark die radikalen Sozialisten in der SPD bereits geworden sind, ob sie mit Mehrheiten bei bestimmten Fragen rechnen können, ja – ob sie gar schon über die Mehrheit der Delegierten verfügen. Das die SPD in den letzten Jahren den Kurs der im „Godesberger Programm“ begründeten Volkspartei mehr und mehr korrigiert oder aber schon verlassen hat, spiegelt sich in den Anträgen wider, die dem Parteitag aus den Bezirken der SPD zugegangen sind und zum Teil bereits den Zustimmungsvermerk des SPD-Vorstandes tragen. Die Abteilung Politik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU hat die Anträge sorgfältig gesichtet und geprüft. Sie gibt in der nachfolgenden Dekumentation einen Überblick über besonders interessante, besonders typische und besonders gravierende Beispiele aus der großen Fülle der SPD-Anträge zum Parteitag in Hannover.

Außenpolitik

USA (Nixon)

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bittet das Norwegische Nobelpreiskomitee, Vorschlägen nicht zu folgen, dem amerikanischen Präsidenten Nixon den Friedensnobelpreis zu verleihen.

Begründung:

Nach Ansicht der SPD wäre eine solche Ehrung eine Entwertung des Preises und seiner bisherigen Träger. Darüber hinaus würde die Verleihung einen

Affront gegen alle diejenigen darstellen, die seit Jahren ihre Stimme gegen den Krieg in Vietnam erhoben haben.“

5 / OV Bonn-Süd

USA (Devisenausgleich)

„Die BRD bezahlt unabhängig vom Fortgang der Verhandlungen keine Devisenausgleichszahlungen mehr an die USA.“

7 / OV Bonn-Süd

Etwa gleichlautend: 8 / OV Buchholz; OR 232 / OV Bonn/Poppelsdorf-Venusberg

Vietnam

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Parteitag des SPD-UB Rosenheim verurteilt auf das schärfste den Völkermord der amerikanischen Regierung in Vietnam.

Der Parteitag fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD auf, sich endlich öffentlich gegen die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam auszusprechen und dem vietnamesischen Volk materielle und ideelle Hilfe zu gewähren.“

24 / UB Rosenheim

Etwas gleichlautend: 14 / LV Schleswig-Holstein; 15 / B Hessen-Süd; 16 / OV Bochum-Querenburg; 20 / UB Wiesbaden; 26 / OV Hockenheim

Griechenland, Spanien

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag und die sozialdemokratischen Mitglieder der jetzigen und künftigen Bundesregierung werden aufgefordert, die Aufnahme von Junta-Griechenland und Franco-Spanien und anderen diktatorisch regierten Ländern in die EWG zu verhindern.“

27 / LV Berlin

Etwas gleichlautend: 28 / OV Bonn/Poppelsdorf-Venusberg; 29 / B Weser-Ems; 30 / OV Dinkelsbühl; 31 / UB Frankfurt; 32 / KV Stuttgart

Anmerkung:

Antrag 27 ist von der Antragskommission zur Annahme empfohlen worden.

Türkei

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Die SPD verurteilt die undemokratischen Verhältnisse in der Türkei. Sie fordert die Wiederinkraftsetzung der demokratischen Verfassung von 1961. Die SPD setzt sich dafür ein, daß jegliche Unterstützung für die Türkei durch die BRD abhängig gemacht wird von der Wiederherstellung demokratischer

Verhältnisse. Im gleichen Sinn wird auf die EWG-Gremien und den Europarat eingewirkt.“

Anmerkung:

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in folgender Fassung:

„Die SPD verurteilt die undemokratischen Verhältnisse in der Türkei. Sie fordert die Inkraftsetzung einer demokratischen Verfassung.“

33 / LV Berlin

Sicherheitspolitik

Verteidigungshaushalt

„5. Einfrieren des Verteidigungshaushalts 1973 auf den Zahlen des verabschiedeten Etats '72; Entwicklung eines Stufenplanes einer weiteren schrittweisen Verringerung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik ab 1974.“

2 / B Hessen-Süd

Etwas gleichlautend: 3 / UB Wiesbaden; 6 / OV Rodenkirchen; 9 / OV Buchholz; OR 28 / UB Diepholz-Hoya

Wehrpflicht

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Den Verteidigungshaushalt als Konsequenz der erfolgreichen Entspannungspolitik nicht weiter zu erhöhen. Mit dem eingesparten Geld sollte mehr auf dem Bildungssektor getan werden, weil wir der Ansicht sind, daß Studenten genauso wichtig sind wie Soldaten. Deswegen beantragen wir die Einführung eines Berufsheeres.“

6 / OV Rodenkirchen

Etwas gleichlautend: 69 / OV Kirchhellen-Mitte; OR 232 / OV Bonn/Poppelsdorf-Venusberg

Wehrgerechtigkeit

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Parteitag empfiehlt der Bundesregierung, um der Wehrgerechtigkeit willen die Dienstzeit auf 12 Monate herabzusetzen.“

70 / B Pfalz

Kriegsdienstverweigerer

„Wir fordern die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer.“

72 / B Ostwestfalen-Lippe

Etwas gleichlautend: 73 / OV Kirchentellinsfurt; 77 / OV Moorrege; 78 / OV Quern-Steinberg; OR 86 / B Ostwestfalen-Lippe; OR 171 / Distrikt Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde; OR 232 / OV Bonn/Poppelsdorf-Venusberg

Abkürzungen

Halbfette

Ziffern	=	Antragsnummern
OV	=	Ortsverein
KV	=	Kreisverband
LV	=	Landesverband
UB	=	Unterbezirk
B	=	Bezirk
Antrag OR	=	Antrag zum Orientierungsrahmen '85 (Langzeitprogramm)

Anmerkung:

Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag 73:

„Die SPD-Bundestagsfraktion und die der SPD angehörenden Minister werden aufgefordert

1. Die Möglichkeiten zur Ableistung des zivilen Ersatzdienstes sind zu erweitern.
2. Die Zahl der Ersatzdienstplätze ist zu erhöhen.
3. Das Anerkennungsverfahren entfällt ersatzlos. Der Wehrpflichtige entscheidet sich durch eine schriftliche Erklärung, ob er den Wehrdienst oder den Zivildienst ableisten will.“

Devisenausgleichsabkommen

siehe Kapitel Außenpolitik

Ministerpräsidentenbeschluß gegen die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst

„Die am 28. Januar 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossenen Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst sowie die am selben Tag beschlossene gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten werden vom Bundesparteitag der SPD aus politischen und juristischen Gründen entschieden abgelehnt.

Die für diese Beschlüsse verantwortlichen Amtsträger der SPD (Bundeskanzler und Ministerpräsidenten) werden aufgefordert, diese verfassungsfeindlichen Beschlüsse rückgängig zu machen.“

137 / UB Rosenheim

Etwa gleichlautend: 155 / LV Schleswig-Holstein; 154 / LV Bayern; 152 / BV Hessen-Süd; 147 / BV Ostwestfalen-Lippe; 144 / BV Südbayern; 143 / BV Hessen-Süd; 148 / UB Köln; 159 / UB Saarbrücken; 158 / OV Porz III; 156 / OV Bonn/Poppelsdorf-Venusberg; 152 / OV Dinkelsbühl; 150 / OV Herb; 149 / OV Beuel; 146 / OV Bonn-Hardtberg

Antikommunismusbeschlüsse der SPD

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Antikommunismusbeschlüsse des Parteirates von 1970 haben sich als gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet erwiesen. Es muß verhindert werden, daß durch solche Beschlüsse die Aktionsfähigkeit der SPD eingeengt wird und fortschrittliche Kräfte unserer Partei diszipliniert werden. Nur dadurch, daß wir Sozialdemokraten an Aktionen teilnehmen, an denen auch Kommunisten beteiligt sind, können wir uns mit diesen politisch

auseinandersetzen. Auch im internationalen Maßstab stellen die Antikommunismusbeschlüsse im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten ein Überbleibsel des kalten Krieges dar. Sie sind daher aufzuheben.“

160 / UB Köln

Abschaffung des Berufsbeamtentums

„Tz 199–202 sind dahin gehend zu ändern, daß das Berufsbeamtentum abgeschafft wird.“

OR 251 / OV Würselen

Parlament, Regierung, Parteien

„Der Bundesparteitag ist der Meinung, daß Abgeordnete, die ihr Mandat über eine Partei erhalten haben, dieses Mandat verlieren, wenn sie die Partei verlassen.

Die SPD-Fraktionen in den Parlamenten werden aufgefordert, die entsprechenden rechtlichen Regelungen zu verwirklichen.“

483 / Bezirk Weser-Ems

Etwa gleichlautend: 490 LOrg Bremen; OR 63 / UB Bremen-Nord; 484 / UB Göttingen; 485 / UB Neuburg; 488 / UB Rur-land-Düren; 489 / UB Coburg; 486 / OV Altstadt; 487 / OV St. Arnau

Massenmedien

Gegen Eingriffe der Verleger

„Die publizistische Tätigkeit der Redaktion ist gegen Eingriffe, die aus den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Verlegers resultieren, zu sichern.“

OR 41 / KV Fürth-Stadt

Etwa gleichlautend: OR 67 / OV Ulm

Gesellschaftliche Kontrolle

„Die private Verfügungsgewalt über Massenmedien bedarf der gesetzlich verankerten gesellschaftlichen Kontrolle.“

OR 195 / UB Bremen

Mitbestimmung

„In allen privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlich organisierten Medien ist die paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten in den Geschäftsleitungen zu verwirklichen.“

OR 195 / UB Bremen

Mitbestimmung

Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche

„Mitbestimmung will die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche verwirklichen.“

OR 56 / UB Nürnberg

Etwa gleichlautend: OR 195 / UB Bremen

Klassenkampf

„Mitbestimmung will erreichen, daß überall dort, wo über andere Menschen Herrschaft ausgeübt wird, die davon Betroffenen unter Änderung der Herrschaftsverhältnisse an der Ausübung und Kontrolle der Geschehnisse und Entscheidungen in der Gesellschaft gleichberechtigt beteiligt werden. Dieses Prinzip gilt auch und vor allem für das Arbeitsleben, weil hier in besonderer Weise die undemokratischen Strukturen einer Klassengesellschaft deutlich werden... Durch die Mitbestimmung ist die Selbstverwirklichung des Menschen nicht zu erreichen, sie kann im Gegenteil zur Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung führen.“

OR 63 / UB Bremen-Nord

Gegen Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit

„Die weiterhin bestehenbleibenden Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit dürfen nicht durch eine sogenannte Partnerschaft verschleiert werden.“

OR 195 / UB Bremen

Mitbestimmung als notwendiger Schritt zur Vergesellschaftung

„1. Mitbestimmung ist für die Sozialdemokratie kein Endziel. In ihrem Bestreben, alle gesellschaftlichen Bereiche im Interesse der Mehrheit, der arbeitenden Bevölkerung, zu gestalten und demokratisch zu organisieren, betrachtet sie die paritätische Mitbestimmung als einen notwendigen Schritt auf dem Wege zur Selbstbestimmung.“

2. Das Ziel ist eine an den allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Verfügungsmacht über die Produktionsmittel durch alle Betroffenen und ihre gewählten Vertreter.

OR 150 / LOrg Hamburg

Etwa gleichlautend: OR 19 / UB Diepholz-Hoya; OR 63 / UB Bremen-Nord; OR 195 / UB Bremen; OR 227 / OV Landsberg; OR 228 / OV Landsberg; 422 / LV Schleswig-Holstein

Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen

„Für die Einführung der paritätischen Mitbestimmung kann es keine Rolle spielen, ob die Unternehmen im privaten oder öffentlichen Besitz sind.“

OR 19 / UB Diepholz-Hoya

Etwa gleichlautend: OR 63 / UB Bremen-Nord; OR 195 / UB Bremen

Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

„Auch Arbeiter im öffentlichen Dienst und in Tendenzbetrieben dürfen vom Weg zur Selbstbestimmung nicht ausgeschlossen werden.“

OR 227 / OV Landsberg

Mitbestimmung in SPD-Betrieben

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Alle Mandats- und Funktionsträger der SPD sind verpflichtet, die paritätische Mitbestimmung, die Bestandteil der SPD-Politik ist, durchzusetzen. Insbesondere wird die SPD-Fraktion aufgefordert, den entsprechenden Gesetzesantrag noch in dieser Legislaturperiode im Bundestag einzubringen. Unabhängig davon, ob dieser Entwurf im Bundestag eine Mehrheit findet, fordern wir den Parteivorstand auf, in allen der Partei gehörigen oder von ihr kontrollierten Betrieben die paritätische Mitbestimmung sofort einzuführen, damit ihre Forderung in der Öffentlichkeit glaubwürdig wird.“

432 / B Westliches Westfalen

Etwa gleichlautend: 433 / OV Köln-Ehrenfeld; 434 / OV Bonn-Süd; 435 / OV Bonn-West; 436 / OV Pfungstadt; 437 / B Hessen-Süd; 438 / OV Pfungstadt

Betriebsverfassungsgesetz

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Der § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes (Tendenzschutzparagraph) ist ersatzlos zu streichen.“

439 / OV Münster-Nord

Etwa gleichlautend: 443 / B Westliches Westfalen

Bildungspolitik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

...

Textziffer 100

Unter Tz. 100 wird hinzugefügt:

...

3. Der 5. Absatz der Tz. 100 wird fortgeführt: Abbau des dualen Systems zugunsten einer einheitlichen Berufsausbildung mit Betriebspraktika bei Mitbestimmung über die Ausbildung in Schule und Betrieb durch die Ge-

werkschaften und Organisationen der Schüler. Dafür entfällt im 6. Absatz der Tz. 100 der Teil: „und im dualen System“.

...

VDS

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die Aufhebung des Beschlusses der Bundesregierung über die Einstellung der Förderung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) durch Bundesmittel vom 26. 3. 1969 einzusetzen.

Reform der Lehrlingsausbildung

...

Schulfach Wehrkunde

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Einführung eines Faches Wehrkunde in den Schulen ist mit allen demokratischen Mitteln zu verhindern.

Bundeswehreigene Hochschulen

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die weitere Gründung bundeswehreigener Hochschulen ist nicht beabsichtigt. Die SPD setzt sich für die Erweiterung der Zahl der Studienplätze an Universitäten und Hochschulen ein. Bestehende bundeswehreigene Hochschulen werden in das allgemeine Hochschulsystem integriert. Wir fordern als ersten Schritt die Öffnung für zivile Studenten. Antragskommission: Annahme!

Bund Freiheit der Wissenschaft

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Die Mitgliedschaft in der SPD und im Bund der Freiheit der Wissenschaft gemäß § 6 II des SPD-Organisationsstatuts für unvereinbar zu erklären und
2. sich durch Beschlüsse und öffentliche Erklärungen von dieser Vereinigung zu distanzieren.

- OR 62 / UB Bremen-Nord
- OR 85 / B Ostwestfalen-Lippe
- 59 / OV Ulm
- 90 / B Südbayern
- 103 / B Ostwestfalen-Lippe
- 118 / UB Bremen
- 120 / OV Oberwinter
- 471 / OV Bonn-Hardtberg
- 472 / B Westliches Westfalen

Ausbildungsförderung und Jugendpolitik

Ausbildungsförderungsgesetz

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion möge

sich für die sofortige Streichung des Antistreichparagrafen im Bundesausbildungsförderungsgesetz einsetzen.

Antragskommission: Nichtbefassung
Jugendhilfe

...

Der Vorrang der Freien Träger gegenüber den Einrichtungen der Gemeinden ist zu beseitigen.

...

Antragskommission: Nichtbefassung

- 353 / UB Nürnberg
- 387 / OV Ulm

Soziale Beziehungen:

**Sicherheit und Chancengleichheit
Gesundheit**

Im Gesundheitswesen ist dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zu geben, die es ihm ermöglicht, Schritt für Schritt, aber doch in begrenztem Zeitraum zu bewirken, daß die staatliche Aufsicht über das Gesundheitswesen so zu ordnen ist, daß sie wirksamer wird.

G 12 / OV Beuel

Etwa gleichlautend: G 15 / OV Bonn-Süd; G 17 / OV Bonn-Süd; G 18 / OV Beuel; G 37 / OV Bonn-Poppelsdorf-Venusberg

„die Aufgaben und Organisation der Kassenärztlichen Vereinigung sollen in den Bereich der öffentlichen, demokratisch kontrollierten Verwaltung überführt werden, Ziel muß die Vergesellschaftung der ärztlichen Versorgung sein.“

OR 214 / OV Hannover

Etwa gleichlautend: OR 53 / OV Suchsdorf; OR 22 / UB Diepholz-Hoya; OR 233 / OV Bonn-Poppelsdorf-Venusberg; OR 247 / OV Kaiserslautern; OR 25 / UB Diepholz-Hoya; OR 195 / UB Bremen; OR 234 / OV Bonn-Röttgen

Arzneimittelrecht

Arbeitsgruppe soll bestehende sozialisierte und andere Arzneimittelmärkte vergleichbarer Gesellschaftssysteme überprüfen und auf ihre Übertragbarkeit in die BRD untersuchen.

G 19 / LV Bayern

Babyjahr

Einführung eines Baby-Jahres

Anmerkung:

Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags 331:

Der Bundesparteitag möge beschließen: Die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen

Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, das in dem Rentenreformgesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene und durch die CDU/CSU verhinderte „Babyjahr“ für in der Rentenversicherung versicherte Mütter zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzuführen.

331 / UB Wiesbaden

Etwa gleichlautend: 334 / B Hessen-Süd; 332 / B Franken; 333 / OV Kirchhellen-Mitte; 335 / LO Hamburg; 336 / LO Bremen; 337 / LV Schleswig-Holstein; 338 / UB Gelsenkirchen

Für den Fall, daß eine Finanzierung (des Babyjahres) aus Mitteln der Sozialversicherung nicht möglich sein sollte, sollte eine Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln erfolgen.

Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

337 / LV Schleswig-Holstein

Leitbild der Frau

Das Leitbild der Frau muß verändert werden. Auszugehen ist grundsätzlich von der lebenslangen Berufstätigkeit der Frau.

OR 55 / OV Suchsdorf

Etwa gleichlautend: OR 158 / OV Beuel

§ 218 StGB

Der Bundestag möge beschließen: Die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder werden aufgefordert, sich für eine ersatzlose Streichung des § 218 einzusetzen. Antragskommission empfiehlt Ablehnung, weil Abweichung vom Parteitagebeschuß 1971 (Bonn).

170 / OV Wuppertal-Elberfeld-West

Etwa gleichlautend: 171 / OV Wichlinghausen; 175 / OV Horb

Wahlrecht für Ausländer

„Die sozialdemokratischen Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, die Wahlgesetze dahin gehend zu ändern, daß die Ausländer, die in der BRD ihren Beruf ausüben sowie ihre in der BRD lebenden Angehörigen entsprechend den Bürgern der BRD Wahlrecht erhalten.

...“

Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Kommission „Ausländische Arbeitnehmer“ beim Parteivorstand.

408 / OV Beuel

Kandidatur

„Die SPD soll bei Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen Beschäftigte im öffentlichen Dienst (Beamte und Angestellte) nur dann auf Listen-

plätze setzen, wenn die feste Absicht und — aufgrund des Listenplatzes — begründete Aussicht auf Übernahme eines Mandats besteht. Im übrigen wird die Bundesregierung aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Scheinkandidaturen durch Angehörige des öffentlichen Dienstes einzuleiten.“

Antragskommission empfiehlt Ablehnung, weil die Freiheit der Kandidatur nicht eingeschränkt werden soll.

456 / OV Wiehl

Organisationspolitik-SHB

Der Bundestag möge beschließen: Der Parteitag verurteilt die Entscheidung des Parteivorstandes, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund durch Rücknahme einer früheren Vereinbarung den Namen streitig zu machen. Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, seine Entscheidung gegen den SHB zurückzunehmen und in Gesprächen mit dem SHB über eine Klärung seines Verhältnisses an den Hochschulen und zur SPD einzutreten. Der Parteitag wird den SHB weiterhin in seinen Bemühungen um eine Stärkung des demokratischen Sozialismus an den Hochschulen unterstützen.

Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

O 36 / UB Göttingen

Etwa gleichlautend: O 37 / OV Hilden

Zum Orientierungsrahmen allgemein

Analyse

„Der Entwurf stellt in seiner gegenwärtigen Fassung einen stark ökonomisch akzentuierten Orientierungsrahmen dar. Er enthält keine Analyse und ist in der Zielprojektion in erheblichem Umfang ergänzungs- und veränderungswürdig.“

Der neue Entwurf muß eine Analyse enthalten. Ihm müssen erkennbar die folgenden Zielvorstellungen des demokratischen Sozialismus zugrunde liegen:

- Demokratisierung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen
- Befreiung der Bürger von wirtschaftlichen Zwängen
- Ausrichtung der Produktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung.“

OR 112 / LV Bayern

Etwa gleichlautend: OR 46 / B Franken; OR 113 / LV Berlin; OR 156 / LO Hamburg; OR 159 / B Pfalz; OR 264 / B Nord-Niedersachsen; OR 63 / UB Bremen-Nord; OR 3 / B Südbayern; OR 9 / UB Neuwied/Altenkirchen; OR 14 / OV Eschweiler; OR 234 / OV Bonn-Röttgen; OR 237 / UB Düsseldorf; OR 275 / OV Bad Aibling

Bändigung der Großwirtschaft

„Im Rahmen dieser Strategie müssen konkrete Maßnahmen zur ‚Bändigung der Macht der Großwirtschaft‘, die das Godesberger Programm als Voraussetzung der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus bezeichnet, entwickelt werden, damit die Aussage des Entwurfs in Tz. 23: ‚Der wirtschaftlichen Macht der Wenigen hat die SPD nur die politische Macht durch die Wählerstimmen der Vielen entgegenzusetzen‘ nicht Leerformel bleibt.“

Anmerkung:

Die Antragskommission stimmt dieser These zu. „Ziel der Sozialdemokraten war und bleibt die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ...“

OR 50 / OV Münster-Nord

Etwa gleichlautend: **OR 112 / Landesverband Bayern; OR 114 / Landesverband Berlin, Kreis Zehlendorf; OR 264 / Bezirk Nord-Niedersachsen; OR 195 / Unterbezirk Bremen; OR 230 / OV Bonn-Poppelsdorf-Venusberg**

Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln

„So kommt es auch nicht darauf an, die ungerichte ... Verteilung des Privateigentums an Produktionsmitteln schrittweise abzubauen“ (Tz 18), sondern das Privateigentum an Produktionsmitteln insgesamt abzuschaffen.

Der politisch-ökonomische Orientierungsrahmen gibt insbesondere die Rahmenbedingungen für

- Strategien und Instrumente zur Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele,
- Möglichkeiten und Instrumente zur weitgehenden gesellschaftlichen Planung und Lenkung privater Investitionen,
- Möglichkeiten, die Macht des Kapitals aufzuheben, z. B. durch Vergesellschaftung der Wirtschaftsunternehmen.“

Anmerkung:

Die Antragskommission übernimmt diese These. „Dazu müssen den privaten Investitionen steuernde Rahmenbedingungen vorgegeben werden.“

OR 157 / OV Beuel

Etwa gleichlautend: **OR 117 / OV Köln-Sülz-Klettenberg; OR 193 / B Braunschweig; OR 229 / OV Bonn-Poppelsdorf-Venusberg; OR 195 / UB Bremen; OR 110 / UB Bamberg; OR 236 / UB Harz; OR 254 / UB Nienburg; OR 192 / OV Bonn-West; OR 61 / UB Bremen-Nord; OR 65 / OV Ulm; OR 181 / KV Steinburg; OR 186 / Hessen-Süd; OR 137 / LO Hamburg; OR 264 / Nord-Niedersachsen; OR 63 / UB Bremen-Nord; OR 254 / B Ostwestfalen-Lippe**

Bodenordnungspolitik

„Grund und Boden in den Ballungsgebieten und in den Schwerpunkttorten sind in Gemeindegut zu überführen.“

OR 184 / OV Eitelborn

Etwa gleichlautend: **OR 292 / OV Bonn-West; OR 195 / UB Bremen; B 40 / UB Bremen**

„Um die Überwälzung der Bodenwertzuwachssteuer auf die Mieten und Kapitalisierungseffekte zu vermeiden, muß der Wohnungsbau langfristig aus der Marktwirtschaft herausgenommen werden.“

B 50 / Bezirk Westliches Westfalen

Räumliche Ordnung

„Neben der Übernahme der Möglichkeiten des Städtebauförderungsgesetzes ins allgemeine Planungsrecht müssen bei veränderten städtebaulichen Absichten nicht realisierte Nutzungsrechte entschädigungslos zurückgestuft werden können. Ungenutzter Wohnraum muß besteuert werden.“

OR 218 / OV Hannover

Agrarstrukturpolitik

„Um langfristig die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse verändern zu können, ist es notwendig, daß einerseits genossenschaftliche Betriebsformen mit demokratischen Strukturen konzipiert und praktiziert werden, die den sozialen wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeitenden mehr gerecht werden als die individuelle Produktionsweise.“

„Sozialbracheflächen und der landwirtschaftlichen Nutzung nicht mehr zuführbare Flächen sind nach bundeseinheitlicher Regelung in einen Bodenfonds mit kommunaler oder gebietskörperschaftlicher Trägerschaft gegen Entschädigung zu überführen. Über die weitere Nutzung dieser Flächen muß, orientiert an längerfristigen raumordnerischen Planungen, entschieden werden.“

OR 272 / B Pfalz

Etwa gleichlautend: **OR 105 / OV Gummerich-Bachheimergrund; OR 111 / OV Altenkirchen; OR 269 / OV Rodenkirchen**

Steuerreform

„Die Fraktion wird aufgefordert, sich für eine Aufhebung der Kirchensteuer einzusetzen.“

208 / OV Kirchenhellen-Mitte

Etwa gleichlautend: **OR 91 / OV Unterwesterwald-West/ Stromberg**

Vermögensbildung

Gemeinwirtschaftliche Unternehmen

„Um den gesellschaftlichen Einfluß auf die wirtschaftlichen Entscheidungen zu stärken, ist eine gemeinwirtschaftliche Beteiligungs-Gesellschaft zu schaffen. ... In ihr Vermögen werden auch die bundeseigenen Betriebe eingebracht.“

V 2 / Ostwestfalen-Lippe

„Um eine Ansammlung von Produktivvermögen in der Hand der Berechtigten in einem ausreichenden Umfange sicherzustellen und die Bildung von gemeinschaftlichem Vermögen zur Verbesserung der Lebensqualität aller Bürger zu ermöglichen, soll die Verfügungsberechtigung grundsätzlich erst mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben entstehen.“

V 6 / B Hannover

Steuerreform anstelle von Vermögensbildung

„Der Parteitag fordert die Bundestagsfraktion der SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, die Beschlüsse des Sonderparteitages der SPD vom November 1971 zur Steuerreform vordringlich zu verwirklichen. Alle Vermögensbildungspläne sind zugunsten der Steuerreform und einer Forcierung der paritätischen Mitbestimmung nicht weiter zu verfolgen.“

V 7 / B Ostwestfalen-Lippe

Etwa gleichlautend: V 16 / UB Oberhausen; V 3 / OV Höxter; V 11 / LOrg Hamburg; V 13 / B Hessen-Süd; 183 / UB Kassel-Stadt

Abschaffung Sparförderung

„Wünschenswert wäre langfristig eine Abschaffung aller Sparförderungsmaßnahmen, da ihre konjunkturpolitischen Wirkungen (antizyklische Konsumausgaben) zweifelhaft sind und ihre Umverteilungswirkungen in die falsche Richtung zielen.“

V 9 / UB Solingen

„Der SPD-Parteitag sieht in allen vorliegenden Vermögensbildungsplänen (überbetriebliche Ertragsbeteiligung), die den Anspruch erheben, erwirtschaftete Gewinne gerechter zu verteilen, keine brauchbare Lösung. Dem Parteitag erscheint die These, man könne durch Vermögenspolitik Kontrolle über private wirtschaftliche Macht erlangen, als unhaltbar.“

V 19 / OV Hannover

Etwa gleichlautend: OR 8 / UB Neuwied/Altenkirchen

Vermögensabgabe

„Alle Unternehmen und Unternehmensteile in der BRD sowie Bezieher von Erträgen aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung mit einem Vermögenszuwachs von mehr als 100 000 DM im Jahr werden verpflichtet, 10 % an eine zu bildende Clearingstelle abzuführen. Der Beteiligungssatz steigt bis auf 50 % bei einem Vermögenszuwachs von 20 Mill. DM pro Jahr. Die Beteiligungssätze gelten auch für Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln, bei denen die Beteiligung gratis an die Clearingstelle abzuführen ist. Das Bezugsrecht der Alteigentümer wird entsprechend vermindert.“

V 15 / B Westliches Westfalen

Etwa gleichlautend: V 8 / UB Hamm

Aussperrung

„Der Bundesparteitag möge beschließen: ‚Die Aussperrung ist gesetzlich zu verbieten.‘“

Anmerkung:

Die Antragskommission empfiehlt in ihrer Stellungnahme zum „Orientierungsrahmen“: Die SPD tritt für Tarifautonomie, Streikrecht und Verbot der vertragslösenden Aussperrung ein.

446 / OV Bonn-Süd

Etwa gleichlautend: OR 47 / OV Bonn-Hardtberg; OR 52 / OV Suchsdorf; OR 107 / OV Frankfurt-Ostend; OR 118 / LOrg Hambrug; OR 187 / OV Süd-Stahldorf; OR 206 / OV Garath; OR 215 / OV Hannover; OR 251 / OV Würselen

Vertriebenenorganisationen – Finanzierung

„1. in den öffentlichen Haushalten keine Mittel mehr für Organisationen bereitzustellen, die durch ihre Veröffentlichungen und sonstige Tätigkeit die Friedenspolitik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Nachbarländern durch revanchistische Forderungen unglaubwürdig erscheinen lassen;“

48 / B Ostwestfalen-Lippe

Fraktionsbildung

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Eine organisierte Fraktionsbildung in der SPD ist unzulässig. Gegen Mitglieder, die diesen Beschluß nicht beachten, ist ein Parteiordnungsverfahren durchzuführen.“

Anmerkung:

Die Antragskommission empfiehlt nicht Annahme, sondern Überweisung an PV.

466 / OV Becke.

Die Vereisung im gesamtdutschen Klima

In der vergangenen Woche forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine aktuelle Stunde. Dieses Mittel der intensiven parlamentarischen Diskussion über einen fest umrissenen Komplex wird immer dann angewandt, wenn die Bundesregierung nach Ansicht einer Fraktion auf Fragen der Parlamentarier unzureichend Antwort gibt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Opposition, Olaf von Wrangell, begründete diese aktuelle Stunde mit dem Hinweis, vor der Wahl habe die Regierung immer wieder versucht, der Öffentlichkeit darzulegen, nun würde der gesamtdutsche Frühling ausbrechen: Wir stellen fest, daß nach der Wahl die Vereisung im gesamtdutschen Bereich zugenommen hat. Ich bin der Meinung, daß die Bundesregierung hier eine unverantwortliche Vertrauensseligkeit demonstriert. Wir fordern die Bundesregierung noch einmal auf, ihre Politik der Verschleierung und Beschwichtigung endlich zu korrigieren.

Im Bundestag meldeten sich verschiedene Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion zu Wort. Die Debatte leitete Dr. Werner Marx, der außenpolitische Sprecher der Opposition, mit folgenden Bemerkungen ein. Ihm folgten der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, der Abgeordnete Gerhard Reddemann, sein Fraktionskollege Horst Schröder (Lüneburg), Franz Ludwig Graf von Stauffenberg und der Berliner Abgeordnete Jürgen Wohlrabe.

Dr. Werner Marx

Diese Aktuelle Stunde erweist sich als nötig, um von der Bundesregierung endlich zu erfahren, ob sie die schlechte Übung weiterverfolgen will, durch Abwiegeln, Verharmlosen und Herunterspielen die Tatsache zu verdrängen, die Tatsache nämlich, daß feste Zusagen für Erleichterungen des Lebens der Menschen im geteilten Deutsch-

land in den Verhandlungen mit der DDR nicht gegeben worden sind, daß sie düpiert worden ist und daß sie vor der Wahl unserer Öffentlichkeit Dinge dargestellt hat, die sich bei unserem kritischen Fragen und Prüfen nach der Wahl eben nicht als realisierbar erweisen.

Wir haben einen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen — wie das jetzt heißt —, Herrn Kollegen Franke. Ich selbst habe namens der Fraktion der CDU/CSU direkt nach der Wahl diesen Bundesminister gefragt, wie das denn nun mit den 308 Kindern sei, ob sie alle da seien, wenn nicht, wie viele noch fehlten, wie viele überhaupt noch drüben seien, und ich habe nach einem Vierteljahr (!) durch diesen Minister einen Brief bekommen, der aus zwei Sätzen bestand. Der erste lautete, er erbiete mein Verständnis, daß er erst jetzt antworte — aber er hat keinen Grund genannt — und der zweite Satz lautete, er könne mir

zu dieser Sache nicht schriftlich antworten, das eigne sich nicht zur öffentlichen Erörterung. Hier allerdings müssen wir fragen, wie eigentlich die Bundesregierung glaubt mit dem Deutschen Bundestag umgehen zu können.

Wir wollen hier folgendes festhalten:

Erstens: Wir sprechen deshalb von menschlichen Erleichterungen, weil es sie offenbar nicht gibt, sondern weil die andere Seite, von der uns gesagt wird, wir gingen vom Nebeneinander zum Miteinander mit ihr über, menschliche Unzulänglichkeit, ja Unmenschlichkeit herbeigezwungen hat.

Zweitens. Gestern sind hier Zahlen genannt worden, die wir mit Interesse zur Kenntnis nehmen. Denn jeder von uns ist daran interessiert, daß sich die Dinge positiv weiterentwickeln. Sie haben vor der Wahl und während der Wahl die törichte — und ich sage: stupide — Formel verwendet, zwanzig Jahre sei nichts getan worden. Herr Kollege Wehner, Sie waren damals Vorsitzender des Gesamtdutschen Ausschusses. Sie wissen ganz genau, wie wir uns damals zusammen in einer sehr schwierigen Situation Mühe gegeben haben, den anderen Stück um Stück etwas mehr aus den Händen herauszuziehen, um dafür zu sorgen, daß menschliche Erleichterung eintritt.

In der Zeit, in der die CDU/CSU die Regierungsverantwortung hatte — ich nenne die Zeit von 1950 bis 1960 —, sind 3 582 000 Übersiedler herübergekommen. Und zwar legal 130 000 Personen. Unmittelbar nach dem Mauerbau sind 1000 Kinder herübergekommen; vom Jahre 1962 auf 1963 15 000 politische Häftlinge; seit 1964 7080 politische Häftlinge; von 1962 bis 1969 sind auf legale Weise als Übersiedler 132 600 Menschen zu uns her-

übergekommen; in dem gleichen Zeitraum an Flüchtlingen 87 943.

Das, was unserer Überzeugung nach die Bundesregierung vor der Wahl hastig ausgehandelt hat, hat viele substantielle Elemente enthalten, die die andere Seite nun fest für sich in Händen hält. Die Bundesregierung hat ihrerseits dafür nur unpräzise und unverbindlich in Aussicht gestellt bekommen, daß man Schritte,

wie es in einer Erklärung heißt, unternehmen werde, um Probleme in bestimmten Bereichen lösen zu können. Unser Vorwurf an die Bundesregierung besteht darin, daß sie in den Vertrag, der von beiden Seiten unterschrieben und von diesem Hause diskutiert und verabschiedet werden soll, nicht jene Elemente hineingebracht hat, von denen sie vorher immer gesagt hat, sie seien der eigentliche Sinn ihrer

Anstrengungen, nämlich dafür zu sorgen, daß für die Menschen in diesem Lande dauerhaft Erleichterung geschaffen wird.

Gerhard Reddemann

Wenn der Vorwurf, Herr Kollege Wehner, daß das Nennen dieser Dinge in der Öffentlichkeit antihumanitär und verantwortungslos ist, stimmt, dann fällt dieser Vorwurf auf die Bundesregierung zurück, und zwar in aller Schärfe. Ich bin der Auffassung, daß es einfach unmöglich ist, über dieses Thema nicht zu sprechen. Während Sie hier so tun, als sei es völlig sinnlos gewesen, daß wir in der vergangenen Woche über die Journalistenverordnung gesprochen haben, hat der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Armin Grünwald, in der Pressekonferenz erklärt, er betrachte diese einschränkende Äußerung zu der Presseverordnung als einen Erfolg der Proteste hier in Bonn. Ich möchte deswegen darauf hinweisen, daß wir als Opposition diese Fragen auch in Zukunft, selbst wenn es der Regierung in keiner Weise paßt, wieder in die Öffentlichkeit tragen, wenn wir merken, daß mit dieser Art endlich etwas erreichbar ist, während durch das Leisetreten eben nicht das erreicht wird, was notwendig ist.

Unmittelbar vor der Bundestagswahl wurde 200 Menschen in der DDR mitgeteilt, sie könnten in absehbarer Zeit ausreisen. Diese Menschen haben ihre Wohnungen aufgegeben, sie haben ihren Arbeitsplatz aufgegeben, sie haben ihre Möbel verkauft. 50 davon sind noch vor der Bundestagswahl herausgekommen. 150 sitzen jetzt da und haben nicht die Chance herauszukommen. Sie haben kein Einkommen, ja, sie haben nicht einmal eine Krankenversicherung mehr. Wenn solche Dinge im deutschen Par-

Kommentar überflüssig!

Abgeordneter Herbert **Wehner**, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, in der aktuellen Stunde am 23. 3. 1973:

— Auszug aus dem Protokoll —

Die Verträge schließen wir, um eine vertragliche Grundlage für die Beziehungen zu schaffen. Sie bedeuten keine Wohlverhaltensbekundung unsererseits. Was jetzt am Verhalten der DDR auszusetzen ist — vieles ist daran auszusetzen und wird daran auszusetzen sein, wie auch umgekehrt die, wenn auch aus anderen Motiven, an unserem Verhalten etwas auszusetzen und zu mißdeuten haben werden —, kann nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß die vertragliche Grundlage überhaupt verweigert wird oder erst bei Wohlverhalten der anderen Seite in Aussicht gestellt werden. Sie müssen bedenken, daß Sie die Möglichkeiten, die zur Zeit für die Familienzusammenführung und die Lösung schwierigster menschlicher und familiärer Probleme noch oder schon gegeben sind, schwächen, ja, das sie sie schädigen und in beiden Fällen schädigen sie die Möglichkeiten! Wenn Sie das nicht wissen sollten, dann können wir darüber, sprechen, aber nicht in dieser Form,

(Abg. Baron **von Wrangel** CDU/CSU: Am besten die aktuelle Stunde abschaffen!

— sie zu wählen für richtig gehalten haben.

(Abg. **Gerster** CDU/CSU: Was paßt Ihnen denn an der Form nicht? Sagen Sie das doch deutlich!)

— Daß Sie hier in den Illustriertenstil verfallen, und daß Sie Dinge, die jahrelang Tausenden von Menschen geholfen haben, jetzt hier zu Ihrem Vergnügen auf den sog. Markt bringen. Sie sind nicht humanitär, sondern Sie sind auf diese Weise praktisch antihumanitär.

(Vizepräsident **Dr. Jäger**: Meine Damen und Herren, Fragen können im Verlauf der aktuellen Stunde nicht an den Redner gestellt werden.

Abg. **Seiters** CDU/CSU: Man kann aber sagen, daß das unverschämt war, was der Wehner eben hier geäußert hat!)

lament nicht behandelt werden können, stelle ich mir die Frage: Wo soll man das denn sonst noch tun?

Horst Schröder

Sie wollen uns doch nicht im Ernst einreden, daß nach der Ratifizierung das ganze Bündel an Restriktionsmaßnahmen, der Journalistenerlaß und die Verpflichtungserklärung, die in diesen Wochen erst eingeführt worden sind, wieder rückgängig gemacht werden. Soweit können doch sie selbst sich von Herrn Bahr nicht verkohlen lassen.

Aber weder das Zurückhalten von Kindern und Jugendlichen noch die Ausreiseverweigerung von mindestens 5000 Antragstellern, weder das Unterbinden der Familienzusammenführung, noch der dubiose Journalistenerlaß, weder die Amnestie von Kriminellen, anstelle politischer Häftlinge, noch die Ausschließung West-Berlins aus dem innerdeutschen Sportverkehr, weder die Ausklammerung West-Berlins aus den Bulgarienflügen, noch das Verbot des Bezuges westdeutscher Fachzeitschriften für Spezialisten in der DDR haben die Bundesregierung bisher dazu bewegen können, eine realistische Haltung den ganz offensichtlichen Absichten der DDR gegenüber einzunehmen und auf vertragliche Regelungen zu bestehen.

Hier gibt es doch nur eine Schlußfolgerung: Entweder ist man mit grenzenloser Naivität in die Verhandlungen gegangen, oder man hat sich selbst und der Öffentlichkeit etwas vorgebracht. Mir scheint es hier und heute angebracht zu sein, das Unterlaufen der menschlichen Erleichterungen noch vor der Ratifizierung des Vertrages anzuprangern und die Bundesregierung noch in aller letzter Minute zu einem unmißverständlichen

Wider besseres Wissen ...

Warum forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. 3. 1973 im Deutschen Bundestag eine aktuelle Stunde zum Thema menschliche Erleichterungen zwischen den beiden getrennten Teilen Deutschlands?

- 1 Verharmlosen und Herunterspielen der Tatsachen können nicht mehr hingenommen werden: Erleichterungen des Lebens der Menschen im geteilten Deutschland sind offenbar in den Verhandlungen mit der DDR nicht gegeben worden.
- 2 Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, hat gegen besseres Wissen behauptet, ein Stop der Familienzusammenführung sei nicht erfolgt. Er kann aber bis heute beispielsweise den Verbleib der Kinder, die angeblich ausreisen durften, noch nicht einmal von der Zahl her überschauen.
- 3 Die Regierung kann nicht bestreiten, daß von 1950 bis 1960 – ohne Vertrag – 3 582 000 Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind und unmittelbar nach dem Mauerbau allein 1000 Kinder.
- 4 Trotz eingehender Diskussion im Deutschen Bundestag sind durch die Schuld der Bundesregierung in den sog. Grundvertrag nicht jene Elemente hereingebracht worden, von denen SPD und FDP vorher immer behauptet hatten, sie seien der eigentliche Sinn ihrer Anstrengungen: dafür zu sorgen daß für die Menschen in diesem Land auf die Dauer Erleichterungen geschaffen würden.

Handeln im Interesse der Menschen unseres Landes aufzufordern – als hinterher den allseitigen politischen Katzenjammer mitzuerleben.

Graf Stauffenberg

Wir haben gestern und heute aufmerksam notiert, daß Sie vor falschen, vor überhöhten Hoffnungen warnen. Herr Minister Franke will die Verhandlungsergebnisse als kleine Schritte verstanden wissen. Und nun frage ich Sie: Wer hat denn die falschen Hoffnungen geweckt? Wer hat denn jene anspruchsvollen Begriffe – Friedenspolitik, Entspannung, Normalisierung, Ausgleich und viele andere – ins Spiel gebracht? Und ist dies

denn vereinbar mit „kleinen Schritten“ zumindest im normalen Verständnis der Sprache draußen? Sie haben doch selbst den Eindruck erweckt, als ob Ihnen der große Durchbruch gelungen sei, als ob Sie den entscheidenden Schritt zum Besseren getan hätten. Und wenn Sie jetzt die Geister, die Sie riefen, nicht mehr los werden, dann weisen Sie anklagend auf uns, so nach dem Motto: Haltet den Dieb.

Gestatten Sie mir noch eine ganz grundsätzliche Bemerkung zu dieser Debatte. Da hören wir – wir hören es immer wieder –, wir dürften nicht einerseits die zugesagten Leistungen reklamieren, wenn wir andererseits den ganzen Vertrag ablehnten. Nun, ich verstehe das nicht. Wir hör-

ten das stets, wenn wir auf unsere konkreten Fragen keine konkreten Antworten bekamen. Sagen wir es doch einmal ganz deutlich, und erlauben Sie, daß ich hier ein Bild wähle. Die Bundesregierung hat in selbst gesuchter Zeitnot und in unnötiger Hast ihre Ware zu überhöhten, zu Schwarzmarktpreisen, eingehandelt. Nun zeigt sich auch noch, daß die Ware mangelhaft, daß sie löchrig ist, daß es mit den zugesicherten Eigenschaften nicht stimmt usw. Und wenn wir nun die Mängel rügen, wenn wir gewissermaßen sagen, daß die Butter ranzig ist und die Brötchen zu klein, ganz klein gebacken sind, dann heißt das doch nicht, daß wir damit den überhöhten, den nicht verantwortbaren Preis akzeptieren wollen. Über den Preis, meine Damen und Herren von der SPD und FDP werden wir noch zu reden haben und zwar ausführlich. Über die Gegenleistungen aber reden wir u. a. eben auch jetzt.

Warum fordern Sie uns heute wieder auf, über die offenbaren Mängel dieses Vertrages nicht zu reden? Wirklich nur um des Verhandlungsklimas willen? Wir müssen hier wirklich einmal die Bundesregierung mit allem Nachdruck fragen, was sie eigentlich unter Normalisierung verstehen. Will sie normale, dauerhafte, gesicherte, menschenwürdige Lebensbedingungen für die Menschen, für die Menschen im geteilten Deutschland schaffen? Will sie durch Normalisierung die Dinge verbessern? Oder wird sie zulassen, daß die Abnormalität zur Norm erhoben wird? Diese Frage ist jetzt angebracht. Zeigen Sie uns, meine Damen und Herren von der SPD und FDP und von der Bundesregierung, was Sie wirklich erreicht haben. Zeigen Sie uns die Belege, nennen Sie uns die Sicherheiten, auf

die Sie Ihre Erwartungen und Hoffnungen gründen! Uns interessiert keine bunte Verpackung, uns interessiert kein glitzerndes Etikett. Kommen Sie zum Inhalt, kommen Sie ganz konkret zur Sache!

Jürgen Wohlrabe

Ich habe heute einmal einen Brief aus der Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ mitgebracht, den ich aus gegebenen Anlaß vortragen möchte. Ich bin überzeugt, daß dieser Brief – ein Abschiedsbrief aus der DDR – mehr zeigt als viele Worte, die uns die Regierung hier über den Erfolg ihrer Politik vorzählen will. Ich lese den Brief vor und nenne den Namen des Absenders nicht. Darin wird folgendes geschrieben:

„Nun, Liebe, muß ich Dir leider schreiben, daß dies der letzte Brief ist, den Du von mir bekommst. Nimm es mir bitte nicht übel, aber unser Betrieb verlangt es so. Wir sind der nationalen Volksarmee unterstellt, und darum verbieten sie uns, daß wir Verbindungen zu Verwandten im Westen haben. Ob Vater, Mutter, Kinder oder Geschwister, wir dürfen keinem mehr schreiben. Am 1. 2. mußten wir das unterschreiben; wenn nicht, werden wir entlassen. So etwas hat es noch nie gegeben, solange die Erde besteht. Kohl und Bahr verhandeln, daß es besser wird, daß es ein Miteinander gibt und wir müssen das Gegenteil erfahren. Dann hat es ja auch keinen Zweck mehr, daß die Staatsmänner zusammenkommen. Ich weiß nicht, ob die Angst haben, daß ich verrate, wie Bäume gepflanzt und gepflegt werden oder wie man ein Haus baut oder repariert, denn weiter wissen wir auch nichts. Wir wissen nur das, was jeder hier weiß, uns inter-

essiert auch sonst nichts. Wir wollen, daß sie uns in Ruhe lassen, friedlich miteinander leben und der Frieden erhalten bleibt. Hoffen wir, daß es noch gut wird, sonst schreiben wir wieder, wenn wir Rente bekommen.“

Das ist so ein erschütterndes Dokument über die Arbeit, die hier geleistet worden ist, daß wir alle – und ich sage das auch mit einer großen Bitte an Sie, Herr Minister Franke – uns überlegen sollten, ob es wirklich zutrifft, daß alles so viel besser geworden ist, wie hier immer behauptet wird. Wenn Sie ehrlich sind, wenn Sie Ihre Aufgabe ernst nehmen, wenn Sie sich auch einmal kritisch prüfen, wenn Sie den Schleier der Schönfärberei herunterziehen, wenn Sie vergessen, daß es Wahlkämpfe gibt, wenn Sie wirklich daran denken, daß es Menschen gibt, denen wir alle doch irgendwie helfen wollen, gerade jenen, die aus der DDR kommen, die in der DDR wohnen, dann müssen Sie doch zugeben, daß für die Mitbürger in der DDR in der Mehrzahl einiges schlechter geworden ist, als es früher der Fall war. Das kann nach so einem Brief nicht anders dargestellt werden.

Ich möchte nur eines, nämlich, daß die Probleme, die bei der menschlichen Zusammenführung und den Besuchsregelungen in Deutschland eine Rolle spielen, nicht nur zu Propagandazwecken benutzt werden, sondern daß erkannt wird, wo Schwächen sind, daß wir die Schwächen offen legen, daß wir der DDR mit der gebotenen Härte gemeinsam gegenüber treten und nicht so tun, als wenn nichts gewesen wäre. Das kann weder im Interesse der Bürger hier, noch der Bürger drüben liegen. Das muß beendet werden, sonst treiben wir keine sinnvolle Politik.